

Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes - Kinderschutzbericht

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00331

3 Anlagen

Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 15.07.2014 (SB) Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Am 01.01.2012 ist das Bundeskinderschutzgesetz mit wesentlichen gesetzlichen Änderungen und Neuregelungen, insbesondere in der Wahrnehmung des Schutzauftrages für die öffentliche und freie Jugendhilfe und in der persönlichen Eignung von in der Kinder- und Jugendhilfe Tätigen, in Kraft getreten. Das Bundeskinderschutzgesetz verdeutlicht, dass präventiver Kinderschutz als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen ist und stärkt zugleich die Verantwortung des Jugendamtes.

Die Kinderschutzarbeit bewegt sich zwischen einem beratenden, unterstützenden Hilfeangebot und dem intervenierenden Schutzauftrag. In der Landeshauptstadt München gibt es ein breites Spektrum an unterschiedlichen Hilfeangeboten, beginnend mit offenen Beratungsangeboten (zum Beispiel in Familienbildungsstätten) über das „Münchner Modell der Früherkennung und Frühen Hilfen für psychosozial hoch belastete Familien“ bis hin zu stark intervenierenden Maßnahmen, wie Inobhutnahmen.

Mit dieser Beschlussvorlage wird die Thematik des Kinderschutzes gemäß § 8a SGB VIII in der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe datenbasiert abgebildet. Mit der verpflichtenden Bundesstatistik bei Meldungen einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung liegen zum ersten Mal aussagekräftigere Daten für das Jahr 2012 vor. Zudem werden Daten aus dem Jahr 2012 zu Meldungen der „Häuslichen Gewalt“, Jugendgerichtshilfe, Fachberatungen der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ sowie kinderschutzspezifische Leistungen dargestellt. Anschließend werden die Herausforderungen zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes beschrieben. Hierbei wird besonders auf Hilfeangebote für werdende Eltern, auf das Beratungsangebot der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“, auf den Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen gemäß § 72a SGB VIII, auf das Netzwerk „Frühe Kindheit“, auf das Datenkonzept Kinderschutz sowie auf die Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe gemäß § 79a SGB VIII eingegangen.

Die Bezirkssozialarbeit verzeichnet bei Kindeswohlgefährdungen seit dem Jahr 2008 einen Anstieg ihrer Interventionen um 36 % bei geringen Schwankungen der Anzahl der Gesamthaushalte. Die Anzahl der Meldungen bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung lag im Jahr 2012 demnach bei 3.680¹. Bei ca. 80 % dieser eingegangenen Meldungen bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung wurde eine Gefährdung bzw. ein Unterstützungsbedarf des Kindes/Jugendlichen und/oder der Familie durch die Fachkräfte der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe festgestellt. Dies deutet darauf hin, dass einerseits Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe und andererseits die (Fach-)Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisiert sind und einzelne Akteurinnen und Akteure ein hohes Wissen über Anhaltspunkte einer möglichen Kindeswohlgefährdung aufweisen. Von einem gesamtgesellschaftlichen Interesse an diesem Thema kann ausgegangen werden. Es wird eine hohe Meldequalität ersichtlich, die beispielsweise in der Durchführung diverser Fortbildungsangebote, Weiterbildungsmaßnahmen sowie Informationsveranstaltungen für Fachkräfte begründet liegen kann.

17,3 % der Gesamtmeldungen bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung betrafen die Altersgruppe der 0 bis 2-Jährigen. Dies zeigt, dass frühkindliche Präventionsmaßnahmen wie die Frühen Hilfen und der Einsatz von Kinderkrankenschwestern Hilfen sind, die auf den vorhandenen individuellen Bedarf zielgerichtet sind. Anhand der Datenlage wird deutlich, dass für individuelle Bedarfe von Kindern, Jugendlichen und Eltern unterschiedliche Hilfen und Unterstützungsangebote notwendig sind. Nur wenn Familien passgenaue Hilfen und Unterstützung erhalten, können sich die individuellen Problemlagen verringern, was letztendlich zur Abwendung der Gefährdung führt.

Nach der Intention des Gesetzgebers sollen die „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ das Jugendamt von seinen Kontrollaufgaben entlasten und latente Gefährdungsfälle durch Beratung präventiv deeskalieren. Diese Erwartung der Entlastung und Deeskalation hat sich mit Blick auf die Zahlen des Stadtjugendamtes München bisher nicht bestätigt. Die Meldungszahlen bei der Bezirkssozialarbeit übersteigen bei weitem die Inanspruchnahme der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“. Zum Vergleich: 3.680 Meldungen bei der Bezirkssozialarbeit stehen 530 Beratungen bei den „insoweit erfahrenen Fachkräften“ der regionalen/überregionalen Erziehungsberatungsstellen und des Beratungsfachdienstes „Integration/ Inklusion und Kinderschutz“ des Referates für Bildung und Sport gegenüber. In der öffentlichen Wahrnehmung hat das Jugendamt im Kinderschutz die Verantwortung, die nicht teilbar ist. Es wird keine hochdifferenzierte Trennung von Verdacht und Gefährdung, von Meldung und Beratung im System der Kinder- und Jugendhilfe vorgenommen.

¹ Die verpflichtende Bundesstatistik wurde erst Anfang 2012 eingeführt, wodurch interne Regelungen zum Führen der Bundesstatistik notwendig wurden. Es ist davon auszugehen, dass vor Bekanntwerden der Dienstanweisung nicht alle eingegangenen Meldungen erfasst wurden.

Eine Modifikation des Beratungssystems und der Rollen, die das Bundeskinderschutzgesetz für die Akteurinnen und Akteure vorsieht, ist vor dem Hintergrund dieser sehr konkreten Erfahrungen notwendig, um eine ganzheitliche Beratungs- und Informationsqualität vor Ort leisten zu können und Abschottungen der Systeme vorzubeugen.

1. Kinderschutz in Zahlen 2012

1.1 Kinderschutzrelevante Datenlage aus dem Jahr 2012

Die kinderschutzrelevanten Daten werden aus folgenden Quellen zusammengestellt:

- Bundesstatistik gemäß §§ 98 – 103 SGB VIII
- Polizeilichen Meldungen zur „Häuslichen Gewalt“
- Falldaten der Jugendgerichtshilfe
- Falldaten der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“

1.1.1 Bundesstatistik gemäß §§ 98 - 103 SGB VIII²

Die eingegangenen Meldungen einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung werden im Sozialreferat von der Bezirkssozialarbeit (BSA), der Vermittlungsstelle (VMS) und der Jugendgerichtshilfe (JGH) bearbeitet³.

Das Gefährdungsrisiko ist also sowohl in zeitlicher als auch in sachlicher Hinsicht einzuschätzen. Die zeitliche Einschätzung bezieht sich auf die Notwendigkeit unverzügliches Handelns bei unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben des Kindes, was vor allem bei kleinen Kindern bedeutsam ist, und auf die Möglichkeit einer zuverlässigen Prognose in Bezug auf Beeinträchtigungen der kindlichen Entwicklung, die erst zeitlich verzögert sichtbar werden. Die sachliche Einschätzung bezieht sich auf die konkreten Umstände des Einzelfalles.

Aus der fachlichen Bewertung einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung ergeben sich drei Gefährdungsstufen und Prozessstandards im Qualitätssicherungsverfahren:

- **Prozessstandard 1:** Es existiert keine Gefährdung des Kindes bzw. der/des Jugendlichen i.S. des § 1666 BGB, aber es bestehen Hinweise auf eine unzureichende Förderung oder Entwicklungsdefizite. Der Unterstützungsbedarf macht ein präventives Handeln der Fachkräfte erforderlich.
- **Prozessstandard 2:** Langfristig besteht eine physisch und/oder psychisch schädigende Selbst- und/oder Fremdgefährdung des Kindes bzw. der/des Jugendlichen, die ein nachgehendes Handeln der Fachkräfte erfordert.
- **Prozessstandard 3:** Es besteht eine akute und unmittelbare physische und/oder psychische massiv schädigende Selbst- und/oder Fremdgefährdung, die ein sofortiges Handeln der Fachkräfte erfordert.

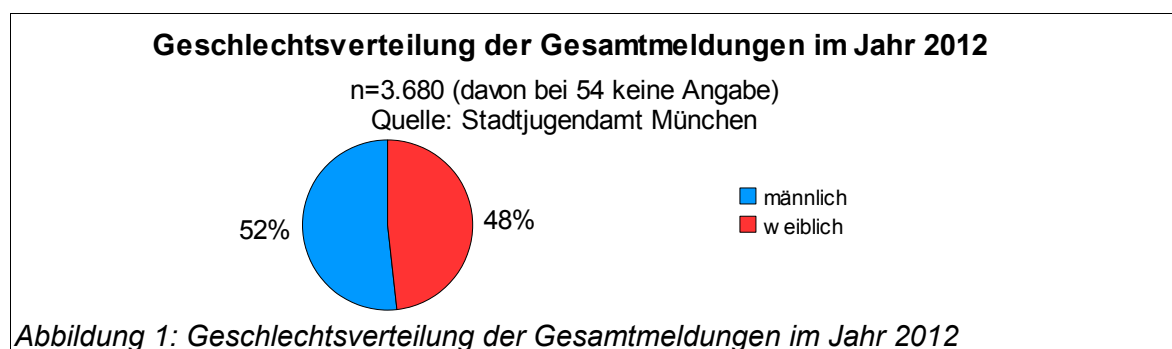
² Die Bundesstatistik wurde zum 01.01.2012 verpflichtend eingeführt. Da die nachfolgenden Daten zum ersten Mal erhoben wurden, können Ungenauigkeiten und Verfälschungen möglich sein.

³ Wegen der besseren Lesbarkeit wird im Nachfolgendem nur noch von der Bezirkssozialarbeit (BSA) gesprochen, da die BSA den größten Anteil der Abklärung von Gefährdungsmeldungen übernimmt.

Bei den nachfolgenden Ausführungen wird unter dem Begriff „Kindeswohlgefährdung“ der Prozessstandard 2 und 3 verstanden.

Jede Meldung mit Anhaltspunkten einer möglichen Kindeswohlgefährdung gem. § 8a SGB VIII ist durch die Fachkräfte der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe zu bearbeiten. Für jede dieser bearbeiteten Meldungen ist eine statistische Erfassung zu leisten. Dies betrifft auch Fälle, in denen mehrfach während eines Berichtsjahres Meldungen eingehen und die deshalb erneut nach dem Qualitätssicherungsverfahren bearbeitet werden. Die statistische Erfassung erfolgt nach abgeschlossener qualifizierter Gefährdungseinschätzung einer Meldung. In der Regel erfolgt diese in den ersten sechs Wochen nach Fallzugang. Folgende Daten konnten aus dieser statistischen Erfassung gewonnen werden: Deutschlandweit wurden mittels der Bundesstatistik gemäß §§ 98 – 103 SGB VIII 106.623 Fälle im Jahr 2012, bei denen eine Gefährdungseinschätzung durch die Jugendämter erfolgte, erfasst. In München sind insgesamt 3.680 Meldungen bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung für Kinder/Jugendliche im Jahr 2012 beim Sozialreferat eingegangen. Im Vergleich zur gesamtstädtischen minderjährigen Bevölkerung⁴ ist bei 1,8 von 100 Kindern/Jugendlichen in der Landeshauptstadt München durchschnittlich eine Gefährdungsmeldung bei der BSA eingegangen. Wie folgt lassen sich die gewonnenen Daten aus dem Jahr 2012 für die Landeshauptstadt München detailliert darstellen:⁵

Geschlechtsverteilung

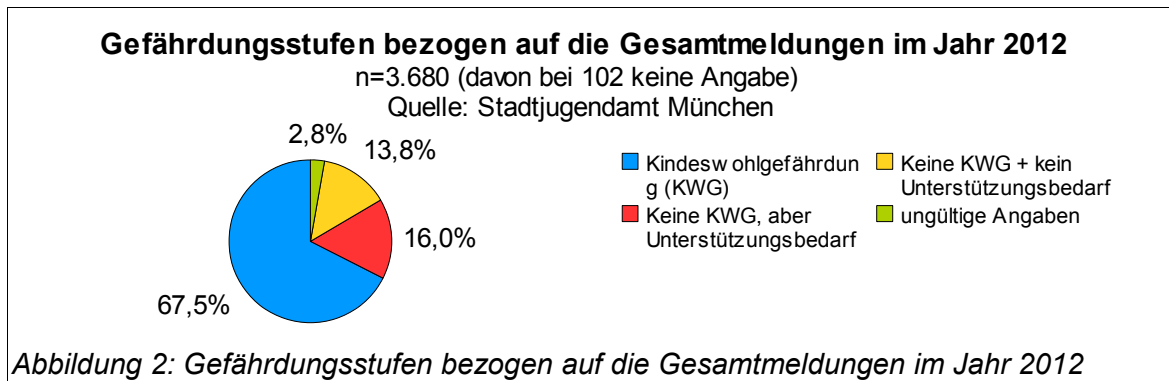


Im Jahr 2012 waren anhand der Gesamtmeldungen 1.877 männliche und 1.749 weibliche Minderjährige betroffen. Die Geschlechtsverteilung aller Minderjährigen in der Landeshauptstadt München verhielt sich im Jahr 2012 ähnlich: Es lebten 51,2 % männliche und 48,8 % weibliche Minderjährige in München.

⁴ Zum Stichmonat Dezember 2012 lebten gemäß ZIMAS (Zentrales InformationsManagement- und AnalyseSystem) insgesamt 206.449 Minderjährige zwischen 0 und 17 Jahren mit ihrem Hauptwohnsitz in der Landeshauptstadt München. Nachfolgende Bezüge zur gesamtstädtischen minderjährigen Bevölkerung basieren auf den Daten gemäß ZIMAS im Stichmonat Dezember 2012 mit dem Hauptwohnsitz in der Landeshauptstadt München.

⁵ Die Bundesstatistik gemäß §§ 98-103 SGB VIII erfasst keinen möglichen Migrationshintergrund des Minderjährigen bzw. der Familie.

Anzahl der Gesamtmeldungen



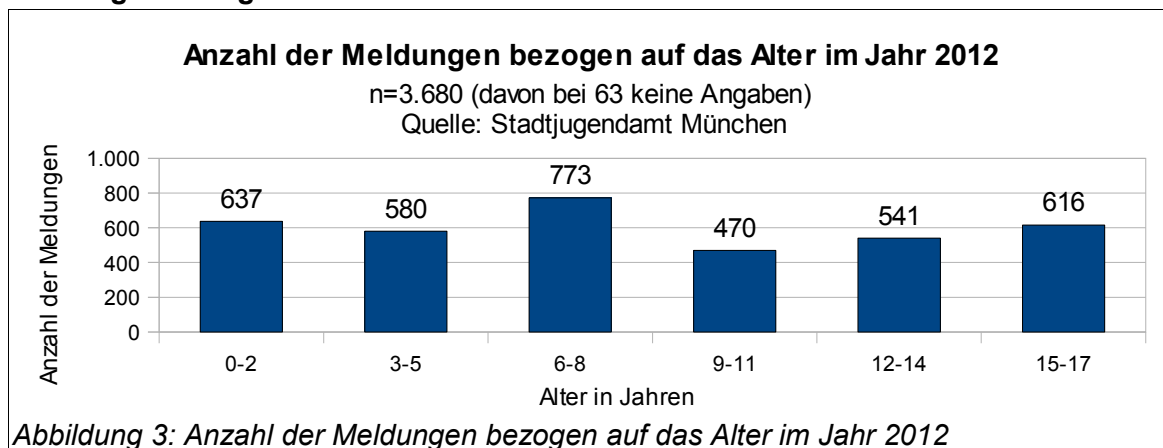
Bei 67,5 % der Gesamtmeldungen konnte eine Gefährdung des Kindeswohls durch die Fachkräfte des Jugendamtes festgestellt werden. Bei 16,0 % der Gesamtmeldungen wurde keine Kindeswohlgefährdung festgestellt, aber ein Unterstützungsbedarf des Kindes bzw. der/des Jugendlichen und/oder der Eltern/Erziehungsberechtigten gesehen. Bei ca. 500 Meldungen, also knapp 14 %, war weder eine Gefährdung des Kindeswohls noch ein Unterstützungsbedarf der Familie nach einer abgeschlossenen fachlichen Bewertung erkennbar.

Kommentierung:

Bei ca. 80 % der eingegangenen Meldungen wurde entweder eine Kindeswohlgefährdung oder ein Unterstützungsbedarf der Familie von den Fachkräften des Jugendamtes bestätigt. Dies zeugt von einem guten Fachwissen über Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung bzw. über mögliche Unterstützungsbedarfe sowohl bei den unterschiedlichen Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe als auch in der Gesellschaft. Bei den Meldungen zeigt sich ein hoher Unterstützungsbedarf bei Familien, auch wenn sich keine Kindeswohlgefährdung abzeichnete.

Bei ca. 14 % aller Meldungen konnte weder eine Kindeswohlgefährdung noch ein Unterstützungsbedarf bei den Familien gesehen werden. Dies kann zum einen an der Unsicherheit, wann und mit welchen Inhalten, Meldungen an das Jugendamt erfolgen sollen, zum anderen auch an einer Vorsichtigkeit der Meldepersonen, im Sinne „lieber einmal zu viel als einmal zu wenig melden“, liegen. Es lässt sich hierbei allerdings kein Hinweis auf eine gesellschaftliche Hysterie im Bezug auf den Kinderschutz erkennen. Eine weitere Erklärung ist in der hohen Anzahl von nicht wahrgenommenen Schuleingangsuntersuchungen zu sehen, welche jährlich vom Referat für Gesundheit und Umwelt dem Stadtjugendamt gemeldet werden (519 Fälle in 2012). Wie die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, geht hiermit in den seltensten Fällen eine Kindeswohlgefährdung einher (in 2012 wurde die BSA hierdurch lediglich in zwei Fällen auf eine bestehende Kindeswohlgefährdung aufmerksam).

Meldungen bezogen auf das Alter



Im Jahr 2012 gingen Meldungen einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung in allen Alterssegmenten bei der BSA ein. Bei Kindern im Alter von 6-8 Jahren wurden die meisten eingehenden Meldungen mit 21,0 % der Gesamtmeldungen verzeichnet, gefolgt von Kindern zwischen 0-2 Jahren (17,3 % der Gesamtmeldungen). Die wenigsten Meldungen einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung sind bei Kindern zwischen dem 9. und 11. Lebensjahr zu verzeichnen. Die Gefährdungsmeldungen in den jeweiligen Alterssegmenten betrafen im Vergleich zur gesamtstädtischen minderjährigen Bevölkerung Münchens jeweils 1,5 % der Kinder in den Altersgruppen 0-2 Jahre, 3-5 Jahre sowie 9-11 Jahre. In der Altersgruppe der 12-14 Jährigen ging bei 1,8 % aller Kinder bzw. Jugendlichen in diesem Alter, die in München leben, eine Meldung bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung ein. 2,0 % der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren waren von einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung betroffen. Bei Kindern im Alter von 6-8 Jahren wurde bei 2,3 % aller in München lebenden Kinder in dieser Altersgruppe eine Meldung bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung gemacht.

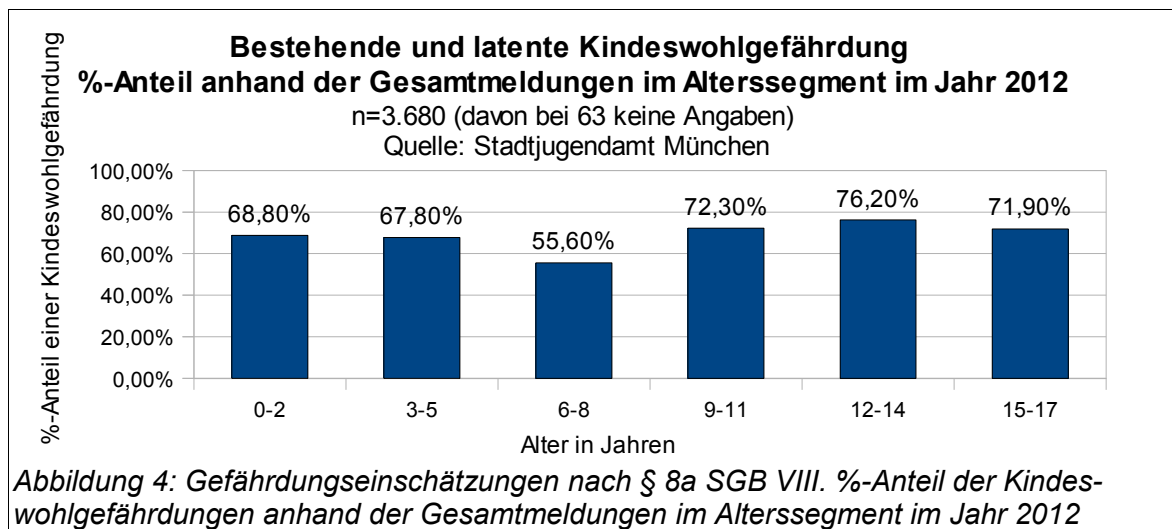
Kommentierung:

Die hohe Anzahl der Meldungen im Alterssegment von 6-8 Jahren entsteht aufgrund der jährlichen Mitteilungen von nicht wahrgenommenen Schuleingangsuntersuchungen. Grundlage ist hierfür der Art. 14 Abs. 5 des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes, der die Gesundheitsbehörden zu dieser Mitteilung an das Jugendamt verpflichtet. Es handelt sich hierbei jährlich um mehrere hundert Kinder in diesem Alterssegment.

Besonders bei Kindern im Säuglings- und Kleinkindalter können schwere Formen der Vernachlässigung und Misshandlung zu massiven gesundheitlichen Beeinträchtigungen sogar bis hin zu lebensbedrohlichen Situationen führen. Aufgrund der besonderen Schutz- und Versorgungsbedürftigkeit von Säuglingen und Kleinkindern könnte es durchaus sein, dass frühzeitigere Meldungen an die BSA gemacht werden, was sich wiederum in der Anzahl der Meldungen in diesem Alterssegment niederschlägt.

Die Anzahl der Meldungen bezüglich Kindern und Jugendlichen im Alter von 12-17 Jahren beinhaltet ebenfalls sogenannte Selbstmelderinnen und Selbstmelder. Kinder und Jugendliche können sich gemäß § 8 SGB VIII eigenständig zur Beratung an das Jugendamt wenden, auch ohne Kenntnis der Erziehungsberechtigten, um beispielsweise von Schwierigkeiten mit den Wertvorstellungen und/oder Erziehungsmethoden der Eltern zu berichten und um Unterstützung zu bitten. Auch können kulturelle Konflikte und Probleme bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausschlaggebend dafür sein, sich eigenständig an die BSA zu wenden.

Bestätigte Kindeswohlgefährdung in den jeweiligen Alterssegmenten



In dieser Grafik ist der Prozentsatz derjenigen Meldungen abgebildet, bei denen sich nach einer ersten Abklärung durch die BSA eine bestehende Kindeswohlgefährdung bzw. eine latente Kindeswohlgefährdung bezogen auf die Gesamtmeldungen herausstellte.

Von den eingegangenen Meldungen (Verdacht auf) einer Kindeswohlgefährdung im Jahr 2012 konnten im Durchschnitt bei 69 % eine (latente) Kindeswohlgefährdung festgestellt werden. Dies bedeutet, dass bei 7 von 10 gemeldeten Kindern eine (latente) Gefährdung des Kindeswohls bestand. Bei Kindern/Jugendlichen zwischen 12-14 Jahren lag der Wert mit 76,2 % am höchsten. Im Alterssegment der 6-8 jährigen Kinder konnte in 55,6 % der Gesamtmeldungen eine (latente) Kindeswohlgefährdung festgestellt werden.

In allen Alterssegmenten liegt der Anteil weiblicher Minderjähriger bei ca. 50 %. Außer in der Altersgruppe der 9-11-Jährigen weicht der Anteil weiblicher Minderjähriger ab und liegt bei 41 %.

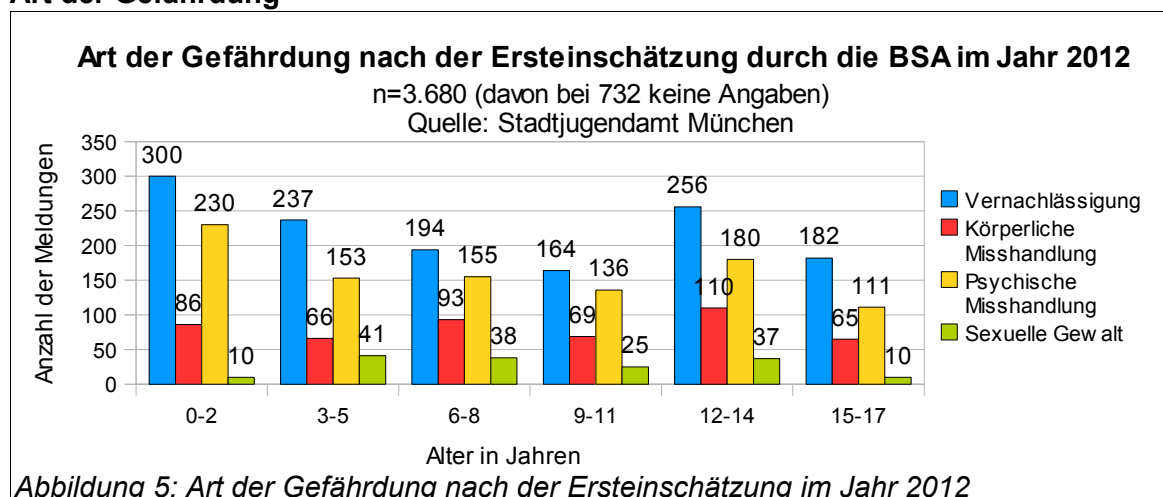
Kommentierung:

Durchweg bestätigt sich ein hoher prozentualer Anteil an bestätigten Kindeswohlgefährdungen. Demzufolge erscheint die Qualität der Meldungen für eine (vermutete) Kindeswohlgefährdung insgesamt sehr hoch.

Die häufigsten Bestätigungen einer Kindeswohlgefährdung konnten im Alterssegment zwischen 12-14 Jahren ermittelt werden. Die Entwicklung in der Pubertät geht einher mit einer Wert- und Kulturentwicklung, die sich von elterlichen Einstellungen unterscheiden kann. In Einzelfällen führt dies dazu, dass sich familiäre Krisen entwickeln und für die weitere innerfamiliäre Interaktion Hilfen in Anspruch genommen werden müssen.

Wie bereits erwähnt, gehen jährlich hunderte Meldungen wegen der nicht wahrgenommenen Schuleingangsuntersuchung bei Kindern aus dem Gesundheitsbereich ein, welche von der BSA als mögliche Kindeswohlgefährdungen bearbeitet werden müssen. Dies betrifft hauptsächlich das Alterssegment der 6-8-Jährigen. Aufgrund einer hohen Fehlerquote dieser Meldungen, zum Beispiel durch das Erfassen von Kindern, die bundesweit oder ins Ausland verzogen, von der Einschulung zurückgestellt oder bereits untersucht worden sind, ist der Wert von 55,6 % einer sich bestätigten (latenten) Kindeswohlgefährdung in diesem Alterssegment am niedrigsten. Der Gewinn an entdeckten Kindeswohlgefährdungen durch die Meldungen des Gesundheitsbereiches zu nicht wahrgenommenen Schuleingangsuntersuchungen an die BSA ist – wie bereits erwähnt – nach den Erfahrungen der letzten Jahre als eher bedeutungslos zu betrachten. Dies deckt sich auch mit den Einschätzungen aus bundesweiten Fachkreisen.

Bei Mädchen hat sich im gleichen Maße wie bei Jungen in den einzelnen Altersgruppen eine Gefährdung bestätigt, außer im Alter von 9-11 Jahren. In dieser Altersgruppe hat sich die Meldung bei nur 41 % der Mädchen bestätigt.

Art der Gefährdung

Hier sind alle Meldungen enthalten, bei denen sich nach einer ersten Abklärung durch die BSA eine Gefährdung des Kindeswohls und/oder ein Unterstützungsbedarf des Kindes bzw. der/des Jugendlichen und/oder der Eltern/Erziehungsberechtigten herausstellte. Bei 732 Meldungen wurde keine Kindeswohlgefährdung bzw. kein Unterstützungsbedarf bestätigt oder keine Angaben zur Art der Gefährdung gemacht.

Bei 1.333 Meldungen wurde eine Vernachlässigung des Kindes bzw. der/des Jugendlichen festgestellt. Bei ca. 1/3 der Meldungen handelte es sich um eine psychische Misshandlung des Kindes bzw. der/des Jugendlichen. Eine körperliche Misshandlung lag bei 489 Meldungen vor und bei 161 Meldungen handelte es sich um sexuelle Gewalt gegenüber eines Kindes bzw. einer/eines Jugendlichen. In der Grafik wird ebenfalls deutlich, dass in jedem Alterssegment die Verteilung der Häufigkeit nach den Gefährdungsarten sich ähnlich gestaltet. So überwiegt die Vernachlässigung von Kindern/Jugendlichen in jedem Alterssegment, gefolgt von der psychischen und körperlichen Misshandlung. Fälle von sexueller Gewalt gegen Kinder/Jugendliche sind in jedem Alterssegment am geringsten.

Kommentierung:

Die Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen wird in der Fachliteratur als die häufigste Form einer Gefährdung bestätigt. Studien zufolge erlebt die Mehrzahl vernachlässigter Kinder und Jugendlicher auch andere Formen von Gefährdung. Dies kann zeitgleich oder zu einem späteren Zeitpunkt der Fall sein. Vernachlässigungen sind im Vergleich zu körperlichen Misshandlungen von einem schleichenden Verlauf gekennzeichnet. Die kindliche Entwicklung wird bei Vernachlässigung allmählich beeinträchtigt.⁶ Demzufolge besteht die Gefahr, bei Vernachlässigungstendenzen nicht frühzeitig zu intervenieren, da Vernachlässigungen im frühen Stadium nur schwer erkannt werden. Oftmals wird von Fachkräften, aber auch anderen Professionen und Privatpersonen abgewartet, bis eindeutige Anzeichen von einer Kindeswohlgefährdung vorliegen, bevor interveniert wird. Insgesamt stellt die Vernachlässigung oft eine unterschätzte Entwicklungsgefährdung mit ausgeprägten Spätfolgen dar.

In der Praxis ist es häufig schwierig, beginnende sexuelle Kindesmisshandlung zu erkennen und sie von positivem und wichtigem Körperkontakt zwischen Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen zu unterscheiden. Einzelne Hinweise und Symptome erlauben allein keine eindeutige Diagnose. Anzeichen müssen vor dem Hintergrund weiterer Merkmalsbereiche, wie den äußeren Lebensbedingungen, körperlicher Merkmale sowie plötzlichen Veränderungen im Erleben und Verhalten in kognitiver, emotionaler und sozialer Hinsicht betrachtet werden. Auch sind viele Handlungen im Bereich der sexuellen Kindesmisshandlung in der Regel nur schwer nachzuweisen, selbst wenn Aussagen des näheren sozialen Umfeldes des Kindes bzw. der/des Jugendlichen vorliegen und Auffälligkeiten im

⁶ Vgl. Kindler (2007), "Was ist unter Vernachlässigung zu verstehen?" In: Kindler, H., Lillig, S., Blüml, H., Meysen, T. & Werner, A. (Hg.) "Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)", München: Deutsches Jugendinstitut e.V., Internetversion

Sozialkontakt oder Spiel des Kindes bzw. der/des Jugendlichen darauf hinweisen. In der Altersgruppe von 0-2 Jahren wird sexuelle Kindesmisshandlung kaum erkannt und somit wenig gegenüber der Bezirkssozialarbeit geäußert. Häufig sind Kinder ab dem 3. Lebensjahr in Betreuungssituation und werden regelmäßig von Fachkräften gesehen. Hierdurch werden häufiger Verdachtsmomente von sexueller Kindesmisshandlung gemeldet, was bis zu einem vierfachen Anstieg der Meldungen im Vergleich zur Altersgruppe der 0-2-Jährigen führt. Jugendliche im Alter von 15-17 Jahren, die von sexueller Misshandlung betroffen sind, suchen sich oftmals Hilfe und Unterstützung in Peergroups. Dies führt zu der geringen Anzahl an Verdachtsmeldungen in dieser Altersgruppe.

Grundsätzlich erscheint die Anzahl zu den Verdachtsmeldungen auf sexuelle Kindesmisshandlung zu gering. Gründe hierfür könnten darin liegen, dass die Bundesstatistik nur eine zeitliche Momentaufnahme darstellt. Der Verdacht einer sexuellen Kindesmisshandlung wird aber oftmals erst nach einer längeren Bearbeitung durch die BSA bekannt und demnach nicht in dieser Statistik abgebildet. Die Dunkelziffer von sexueller Misshandlung betroffener Kinder und Jugendlicher liegt geschätzt wesentlich höher.

Meldende Institutionen/Personen

Anzahl Meldungen in %-Angaben nach meldender Institution/Person im Jahr 2012

n=3.680 (davon bei 815 keine Angabe)
Quelle: Erhebung Stadtjugendamt München

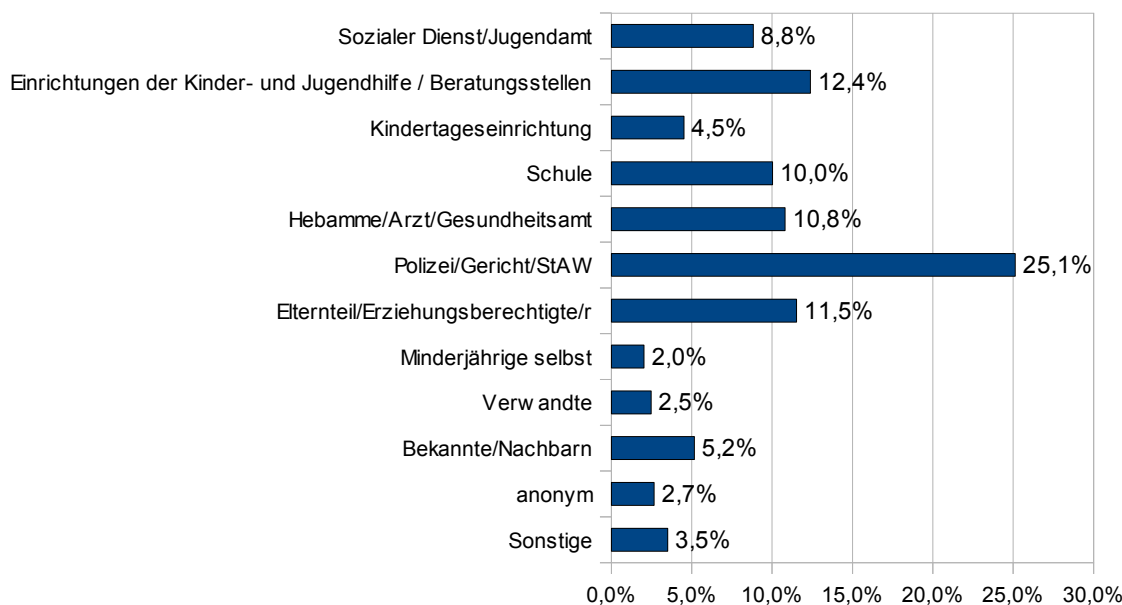


Abbildung 6: Meldungen in %-Angaben nach meldender Institution/Person im Jahr 2012

In dieser Grafik sind die eingegangenen Meldungen nach der meldenden Institution bzw. Person dargestellt. Die Polizei/Gericht/Staatsanwaltschaft stellt den größten meldenden Bereich dar. Dies bedeutet, dass ein Viertel aller Meldungen einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung von Ermittlungsbehörden bzw. Justiz kommen. 12,4 % aller bei der BSA eingegangenen Meldungen im Jahr 2012 erfolgten von Beratungsstellen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, gefolgt von Meldungen durch Elternteile/Erziehungsbeauftragte, Meldungen aus dem Gesundheitsbereich sowie Schulen. Kindertageseinrichtungen machten in 4,5 % eine Meldung an die Bezirkssozialarbeit. 2,0 % der Gesamtmeldungen ergingen durch Minderjährige selbst. Meldungen zu (vermuteten) Kindeswohlgefährdungen aus dem Privatbereich (wie Elternteile, Minderjährige selbst, Verwandte, Nachbarschaft) sind im Vergleich zu Fachkräften in der Anzahl geringer.

Kommentierung:

Die Abbildung macht die Vielfalt der Institutionen und Personen deutlich, die sich an die BSA wenden, um eine (vermutete) Kindeswohlgefährdung zu melden. Hierbei spiegelt sich die gesamtgesellschaftliche Verantwortung im Kinderschutz wider.

Das Miterleben physischer und psychischer Gewalt gegenüber einem Elternteil kann bei Kindern und Jugendlichen zu Beeinträchtigungen in der sozialen, psychischen und geistigen Entwicklung sowie zu belastenden Situationen führen, die prägende Auswirkungen auf das kindliche Verhalten haben. Daher werden alle Meldungen im Rahmen der „Häuslichen Gewalt“, die von der **Polizei** bearbeitet werden, automatisch an die BSA zur Abklärung einer evtl. vorliegenden Kindeswohlgefährdung weitergeleitet, was eine hohe Anzahl der Meldungen in diesem Bereich bedingt. Ebenso werden Meldungen von delinquenten strafunmündigen Kindern an die BSA zur weiteren Bearbeitung und Abklärung einer Gefährdung des Kindeswohls weitergeleitet, um möglichst frühzeitig die persönliche und familiäre Belastung zu erkennen und einen nachhaltigen Zugang zu den Strafunmündigen sowie ihren Eltern zu finden.

Im Bereich des **Gesundheitswesens** gehen jährlich mehrere hundert Meldungen bzgl. der verweigerten Schuleingangsuntersuchung bei der BSA ein, was in diesem Bereich zu einer erhöhten Fallzahl führt.

Auffallend gering sind die eingegangenen Meldungen von Kindertageseinrichtungen. Es stehen 166 Meldungen von Kindertageseinrichtungen ca. 62.000 Kindern gegenüber, die eine Kindertageseinrichtung im Schuljahr 2012/2013 besuchten. Es ist fraglich, ob tatsächlich das Wohl von sehr wenigen Kindern, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, gefährdet ist oder ob gefährdete Kinder in Kindertageseinrichtungen so primärpräventiv erfolgreich aufgefangen werden können - zumal 1.217 eingegangene Meldungen die Altersgruppe der 0-5 Jährigen betrafen, die im Wesentlichen **nicht** der Meldepflicht bezüglich der fehlenden Schuleingangsuntersuchung unterliegen.

Bestehende Hilfen zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung



Bei den eingegangenen Meldungen einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung im Jahr 2012 befanden sich ca. 40 % der Kinder/Jugendlichen bzw. Eltern/Erziehungsberechtigten im Hilfebezug einer Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (Mehrfachnennungen waren möglich). In knapp 60 % der Gesamtmeldungen wurde keine hier erfasste Hilfe zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung in Anspruch genommen. In knapp 16 % der Gesamtmeldungen erhielten Kinder/Jugendliche eine ambulante bzw. teilstationäre Hilfe zur Erziehung. Eine Unterstützung im Rahmen zur allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie, Beratung bei Trennung und Scheidung sowie bei Ausübung der Personensorge und Umgangsrechts erhielten ebenfalls knapp 16 % der Familien zum Zeitpunkt der Gefährdungsmeldung.

Kommentierung:

Selbst wenn Kinder/Jugendliche bereits eine Hilfe nach dem SGB VIII erhalten, kann ihr Wohl trotzdem gefährdet sein. Im Rahmen des bereits bestehenden Hilfebezugs war die Zahl der Gefährdungsmeldungen aus dem Bereich der ambulanten und teilstationären Hilfen zur Erziehung bei den im Jahr 2012 eingegangenen Meldungen am höchsten. Auch hier wird deutlich, dass die Fachkräfte der ambulanten und teilstationären Hilfen zur Erziehung auf das Wohl des Kindes bzw. der/des Jugendlichen achten und ggf. eine Meldung an die BSA machen, wenn sich im Lauf der Maßnahme eine Verschlechterung der Lebenssituation oder eine krisenhafte Entwicklung ergibt und eine Gefährdung des Kindes bzw. der/des Jugendlichen nicht anders abgewendet werden kann.

Aus dem Datensatz „keine der hier aufgeführten Leistungen in Anspruch genommen“ ist nicht zu erschließen, ob die betroffenen Kinder/Jugendlichen bzw. Familien bei der BSA bekannt gewesen sind, da die BSA aufgrund ihrer vielseitigen Aufgaben die Familie gekannt haben könnte.

Es kann davon ausgegangen werden, dass bei 2.133 Kindern/Jugendlichen keine Hilfe zur Erziehung nach dem SGB VIII zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung bestanden hat.

1.1.2 Polizeiliche Meldungen zur „Häuslichen Gewalt“

Da das Miterleben „Häuslicher Gewalt“ für Kinder und Jugendliche nachweislich traumatische Folgen hat,⁷ besteht zwischen dem Stadtjugendamt und der Polizei in München die Kooperationsvereinbarung, dass alle polizeilichen Einsätze im Rahmen „Häuslicher Gewalt“ an das Stadtjugendamt schriftlich mitgeteilt werden, sofern sich Minderjährige im betroffenen Haushalt befinden.

Im Jahr 2012 wurden 850 Polizeimeldungen zur „Häuslichen Gewalt“ von der Bezirkssozialarbeit bearbeitet. Im Rahmen der polizeilich festgestellten „Häuslichen Gewalt“ waren 1.353 Kinder und Jugendliche betroffen. Folgende Aussagen können aufgrund der eingegangenen Polizeimeldungen getroffen werden:

- 80 % der Kinder und Jugendlichen waren zum Zeitpunkt des Polizeieinsatzes in der Wohnung.
- 54 % der Kinder waren zum Tatzeitpunkt unter 7 Jahre alt.
- 33 % der Kinder waren zum Tatzeitpunkt unter 4 Jahre alt.
- Bei 5 % der Kinder und Jugendlichen konnte eine Verletzung festgestellt werden.
- In 33 % der Fälle erfolgte der Einsatz zwischen 12.00 Uhr und 18.00 Uhr.
- In 42 % der Fälle erfolgte der Einsatz zwischen 18.00 Uhr und 24.00 Uhr.
- 91 % der Geschädigten von „Häuslicher Gewalt“ sind Frauen.
- 77 % der Opfer erleiden körperliche Übergriffe.
- 55 % der Täter erhalten einen Platzverweis.
- 60 % der Täter erhalten ein Kontaktverbot zum Opfer. Der Täter darf sich für einen bestimmten Zeitraum nicht in der Nähe des Opfers aufhalten und auch keinen Kontakt zu diesem herstellen.

Das unmittelbare Miterleben „Häuslicher Gewalt“ führt bei Kindern und Jugendlichen zu Angst, Belastung, Mitleid und Hilflosigkeit. Körperliche und seelische Beeinträchtigungen in der Entwicklung können die Folge sein.⁸ Da in 80 % der Polizeieinsätze im Rahmen „Häuslicher Gewalt“ Kinder/Jugendliche im Haushalt waren, kann davon ausgegangen werden, dass diese die Gewalt zwischen den Eltern bzw. des Elternteils und des Lebenspartners/der Lebenspartnerin gesehen, gehört und/oder gespürt haben. Auch können körperliche Verletzungen von Kindern und Jugendlichen bei einer „Häuslichen Gewalt“ entstehen, wenn diese versuchen in Gewaltsituationen einzugreifen oder sich als Säugling bzw. Kleinkind auf dem Arm eines Elternteils befinden und von Schlägen getroffen wer-

⁷ Prof. Dr. Hagemann-White, Carol: Vortrag *Gewalt in Paarbeziehung – für die Frühen Hilfen ein familiärer Belastungsfaktor neben anderen?*

⁸ Dr. Kindler, Heinz: Vortrag *Auswirkungen häuslicher Gewalt auf Kinder* bei der Fachtagung des Stadtjugendamtes München „Kinder und häusliche Gewalt – gemeinsam handeln für Hilfe und Schutz“

den.⁹ „Partnerschaftsgewalt zählt zu den stärksten bekannten Risikofaktoren für Kindesmisshandlung, d.h. in betroffenen Familien kommt es 6-12 fach häufiger als in nicht betroffenen Familien zu Kindesmisshandlungen.“¹⁰ Dies ist nicht nur auf die erhöhte Gewaltbereitschaft der Väter zurückzuführen, sondern Studien belegen, dass „mit der Häufigkeit und dem Schweregrad von Partnerschaftsgewalt auch die Wahrscheinlichkeit von Kindesmisshandlungen durch den Gewalt ausübenden Elternteil ansteigt.“¹¹

Aufgrund der Auswirkungen „Häuslicher Gewalt“ auf Kinder und Jugendliche sind zeitnahe Unterstützungs- und Hilfsangebote den Familien anzubieten und einzuleiten. Jede Polizeimeldung wird daher durch die Bezirkssozialarbeit im Rahmen des Schutzauftrages gemäß § 8a SGB VIII bearbeitet.

1.1.3 Falldaten der Jugendgerichtshilfe

Im Jahr 2012 wurde die Jugendgerichtshilfe bei insgesamt 3.884 Straftaten einbezogen. In 280 Fällen hat die Staatsanwaltschaft gemäß § 45 Abs. 2 JGG von der Verfolgung der/des Jugendlichen abgesehen, da bereits eine erzieherische Maßnahme durchgeführt oder eingeleitet wurde und somit die Erhebung einer Anklage nicht mehr für erforderlich erachtet wurde. In weiteren 263 Fällen wurden durch die Staatsanwaltschaft Weisungen gemäß § 45 Abs. 3 JGG angeregt, bei deren Entsprechung durch die Jugendrichterin oder den Jugendrichter von einer Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft abgesehen wurde.

Das proFit-Team der Jugendgerichtshilfe im Stadtjugendamt hat im Jahr 2012 156 Polizeinoten zu Gewaltdelikten geprüft und Gefährdungslagen der Jugendlichen abgeklärt. Hieraus ergab sich bei 29 Jugendlichen eine Gefährdung ihres Wohls.

In der Jugendgerichtshilfe wurde 136 x das standardisierte Qualitätssicherungsverfahren (vgl. S. 3) angewandt, um eine (vermutete) Kindeswohlgefährdung fachlich bearbeiten und abklären zu können. In 72 Fällen bestätigte sich eine Kindeswohlgefährdung. In diesen Fällen wurde ein Schutzkonzept für die Jugendlichen erstellt und entsprechende Hilfen (z.B. Hilfen gemäß JGG, Hilfen zur Erziehung) eingeleitet. Damit ist ein einheitliches Vorgehen bei einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung der Fachkräfte der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe gewährleistet.

Die Jugendgerichtshilfe hat im Jahr 2012 bei 21 Jugendlichen das Hilfeplanverfahren eingeleitet, um diesen Jugendlichen eine ambulante, teilstationäre und/oder stationäre Hilfen zur Erziehung gewährleisten zu können. Nach der Einleitung des Hilfeplanverfahrens wurde die weitere Bearbeitung von der Bezirkssozialarbeit bzw. Vermittlungsstelle der Sozialbürgerhäuser übernommen.

9 Ebd.

10 Ebd.

11 Ebd.

1.1.4 Fallberatungen der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“

Im Jahr 2012 wurden stadtweit von den „insoweit erfahrenen Fachkräften“ der regionalen und überregionalen Erziehungsberatungsstellen und dem Beratungsfachdienst Integration/Inklusion und Kinderschutz 530 Personen bzw. Einrichtungen beraten. Weiterhin wurden 80 Informationsveranstaltungen von diesen durchgeführt, um verschiedene Einrichtungen und Dienste, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, über Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung umfassend zu informieren.

Die einzelnen Beratungen und Informationsveranstaltungen im Sinne des § 8a und § 8b SGB VIII wurden von den regionalen und überregionalen Erziehungsberatungsstellen und dem Beratungsfachdienst Integration/Inklusion und Kinderschutz des Referates für Bildung und Sport (RBS) stadtweit wie folgt durchgeführt:

Insoweit erfahrene Fachkräfte bei:	Anzahl Fälle	Beratungskontakte	Anzahl der Informationsveranstaltungen	Kosten
Städtische Beratungsstelle	50	65	22	31.620,00 €
Erziehungsberatungsstellen freier Träger	122	203	11	15.692,64 €
KinderschutzZentrum	95	285 (geschätzt)	0	-
IMMA e.V.	8	Keine stat. Erfassung	3	-
kibs e.V.	49	147	0	-
Beratungsfachdienst Integration / Inklusion und Kinderschutz im RBS	206	504	44	220.000,00 €
GESAMT	530	1204	80	267.312,64 €

Abbildung 8: Inanspruchnahme und finanzielle Aufwendungen der "insoweit erfahrenen Fachkräfte" im Jahr 2012

Die finanziellen Aufwendungen für die „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ werden durch das Stadtjugendamt nur für die regionalen Erziehungsberatungsstellen als Fachleistungsstunden geleistet. Bei den Kosten der städtischen Beratungsstelle und des Referates für Bildung und Sport handelt es sich um Personalkosten (vgl. Stadtratsbeschluss „Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung – Münchner Grundvereinbarung zu § 8a und § 72a SGB VIII“ vom Juli 2007, Sitzungsvorlage Nr. 02-08 V 10130).

Aus der Darstellung geht hervor, dass pro Fall 2-3 Beratungskontakte stattfinden. Dies spiegelt sich auch in dem Aufgabenbereich der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ wieder, in dem eine Begleitung einzelner Bearbeitungsschritte, bspw. Elterngespräche nicht nur vor-, sondern mit den Fachkräften auch nachzubereiten, fachlich sinnvoll und notwendig ist.

Die Erfahrungen der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ zeigen ebenfalls, dass die Fachberatungen durch eine „insoweit erfahrene Fachkraft“ öfter in Anspruch genommen werden, je häufiger Informationsveranstaltungen durchgeführt werden.

Das Angebot der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ gibt es in München seit dem Jahr 2008. Die Absicht des Gesetzgebers war es, durch die „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ das Jugendamt von seinen Kontrollaufgaben zu entlasten und latente Gefährdungsfälle durch Beratung präventiv zu deeskalieren. Mit Blick auf die Zahlen hat sich diese Erwartung nicht bestätigt. Die weitere Entwicklung - auch in Blick auf weitere Gesetzgebungsentwicklungen - ist lokal als auch bundesweit zu beobachten.

1.2 Kinderschutzspezifische Leistungen aus dem Jahr 2012

1.2.1 Datenlage zu den von der Bezirkssozialarbeit in Kinderschutzfällen betreuten Familien¹²

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 3.780 Haushalte,¹³ in denen mindestens ein Kind und/oder eine/ein Jugendliche/r lebte und mindestens eine Meldung bezüglich einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung eingegangen ist, von der Bezirkssozialarbeit betreut. Folgende Aussagen lassen sich zu diesen Familien treffen:

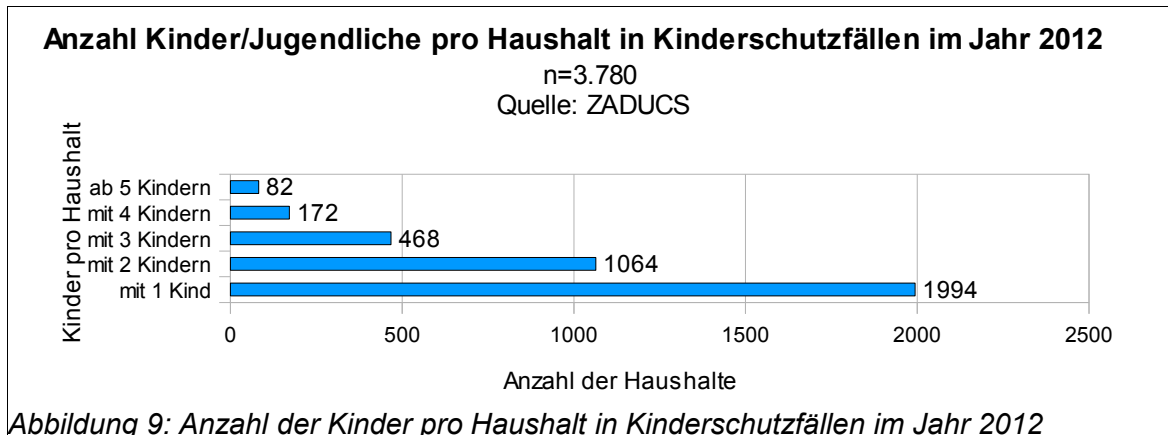
Migrationshintergrund:

Von diesen 3.780 Haushalten wiesen 1.918 Haushalte einen Migrationshintergrund auf. Dies bedeutet, dass mindestens eine Person mit einem Migrationshintergrund in 1.918 Haushalten lebte, in denen mindestens ein Kind und/oder eine/ein Jugendliche/r lebte und mindestens eine Meldung bezüglich einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung eingegangen ist.

¹² Die Daten in diesem Abschnitt beziehen sich ausschließlich auf die Arbeit, die von der Bezirkssozialarbeit in den Sozialbürgerhäusern und im Amt für Wohnen und Migration erbracht wurde. Die Jugendgerichtshilfe ist hier nicht einbezogen.

¹³ Laut ZADUCS wurde in 3.780 Haushalten eine Kinderschutzmeldung von der BSA bearbeitet. In der Bundesstatistik wird von 3.680 Haushalten ausgegangen. Die verpflichtende Bundesstatistik wurde erst Anfang 2012 eingeführt, wodurch interne Regelungen zum Führen der Bundesstatistik notwendig wurden. Es ist davon auszugehen, dass vor Bekanntwerden der Dienstanweisung nicht alle eingegangene Meldungen erfasst wurden.

Anzahl der Kinder/Jugendlichen pro Haushalt in Kinderschutzfällen:



In ca. der Hälfte der gesamten Haushalte, in denen mindestens eine Meldung bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung einging, lebte ein Kind bzw. eine/ein Jugendliche/r. Bei ca. 28 % handelte es sich um Haushalte, in denen zwei Kinder bzw. Jugendliche lebten und in 12 % der Haushalte lebten drei Kinder bzw. Jugendliche. Haushalte mit vier bzw. mindestens fünf Kindern und/oder Jugendlichen stellen 4 % bzw. 2 % der Gesamthaushalte dar, in denen mindestens eine Meldung bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung von der Bezirkssozialarbeit bearbeitet wurde. Somit stellt eine Familie mit einem Kind die häufigste Haushaltsstruktur in Kinderschutzmeldungen dar. Dies bedeutet, dass die Familiengründungszeit besondere Herausforderungen an die (werdenden) Eltern stellt. Das Thema „Überforderung“ muss vor diesem Hintergrund neu beleuchtet werden. Insbesondere die Frühen Hilfen, die Frühe Förderung und die Familienhebammen müssen sich verstärkt dem Thema Familiengründung zuwenden.

Betreuung der Kinder und/oder Jugendlichen innerhalb der Familien:



Bei fast der Hälfte der Familien, in denen mindestens eine Meldung bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung einging wurde die Betreuung der Kinder bzw. Jugendlichen allein von den Müttern übernommen. Dahingegen wurde nur in 4 % der Gesamthaushalte die Betreuung allein durch den Vater geleistet. In 42 % der Gesamthaushalte stellten beide Elternteile die Betreuung der Kinder bzw. Jugendlichen sicher.

In den wenigsten Fällen erfolgte die Kinderbetreuung im Rahmen einer Patchworkfamilie mit nur 2 %.

In 88% der von der BSA betreuten Haushalte mit Kindern, in denen mindestens eine Meldung bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung eingegangen ist, wird die Betreuung entweder allein durch die Mütter oder von beiden Elternteilen gewährleistet.

Problemgebiete:

In Familien mit Minderjährigen, die mindestens eine Meldung bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung betroffen haben, konnten verschiedene Problemgebiete klassifiziert werden.¹⁴ Am Häufigsten vorhanden waren Erziehungsprobleme in 60 % der Familien, gefolgt von Wirtschaftlichen Problemen¹⁵ (45% der Haushalte) und Schulproblemen (43 % der Haushalte). Probleme im Bereich Gewalt in den Familien¹⁶ und im Bereich des Wohnens, zum Beispiel aufgrund (drohender) Wohnungslosigkeit, Nachbarschaftsschwierigkeiten oder Zwangsräumungen, bestanden bei jeweils 33 % der Familien. Psychische Auffälligkeiten (26 %), körperliche/geistige Erkrankungen/Behinderungen (11 %) werden ebenfalls als Problemgebiete erkannt, wenn die BSA eine Meldung bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung bearbeitet. Bei 9 % der Haushalte wurde ein problematischer Alkoholkonsum und bei 6 % der Haushalte wurde der Gebrauch illegaler Drogen festgestellt.

Im Durchschnitt wurden pro Haushalt 4,2 Problemgebiete beschrieben. Bei den hier erfassten Familien kann davon ausgegangen werden, dass bei einem sehr hohen Prozentsatz der Familien immer mehrere Probleme vorhanden sind und selten nur ein einziger Problemgebiet tangiert ist. Der hohe Durchschnittswert an Problemgebieten je Haushalt weist daraufhin, dass eine Kindeswohlgefährdung mit mehreren familiären und/oder sozialen Faktoren einhergeht. Laut Studien besteht bei einer Vernachlässigung des Kindes bzw. der/des Jugendlichen häufig ein Zusammenhang mit der Größe der Familie, finanziellen Situation und ob ein Elternteil alleinerziehend ist, wenn dadurch eine soziale Ausgrenzung oder Isolation erfolgt.¹⁷ Die Vielzahl der unterschiedlichen Problemgebiete von Familien, bei denen eine Meldung bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung gemacht wurde, zeigt auch, dass eine Gefährdung des Kindeswohls durch unterschiedliche Faktoren in der familiären, sozialen und auch wirtschaftlichen Situation begründet sein kann.

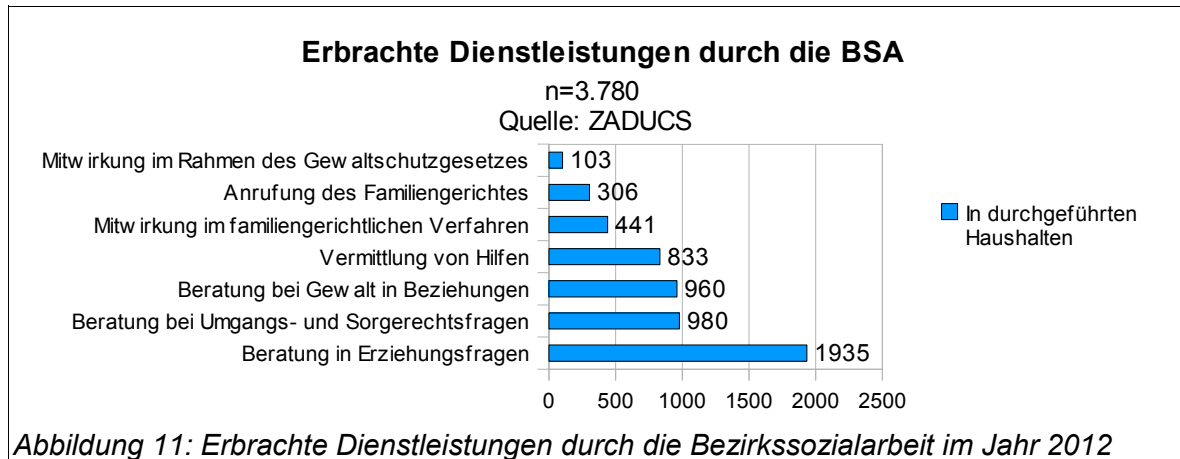
14 Ein Problemgebiet wird pro Jahr nur einmal erfasst. Doppelnennungen in ein und demselben Problem sind somit ausgeschlossen. Mehrfachnennungen bei den Problemgebieten sind möglich.

15 Wirtschaftliche Probleme sind gegeben, wenn Personen aufgrund ihrer finanziellen Situation um Unterstützung bitten, da sie notwendige Ausgaben nicht aus eigenen Mitteln finanzieren können.

16 Physische und/oder psychische Gewalt kann eine oder mehrere Personen (auch Kinder/Jugendliche) im Haushalt betreffen. Hier geht es nicht explizit um die Gewalt gegen Kinder bzw. Jugendliche.

17 Vgl. Zentrum Bayern Familie und Soziales. Bayerisches Landesjugendamt 2008, *Handreichung zur Wahrnehmung des Schutzauftrags der Jugendhilfe bei Kindeswohlgefährdung*.

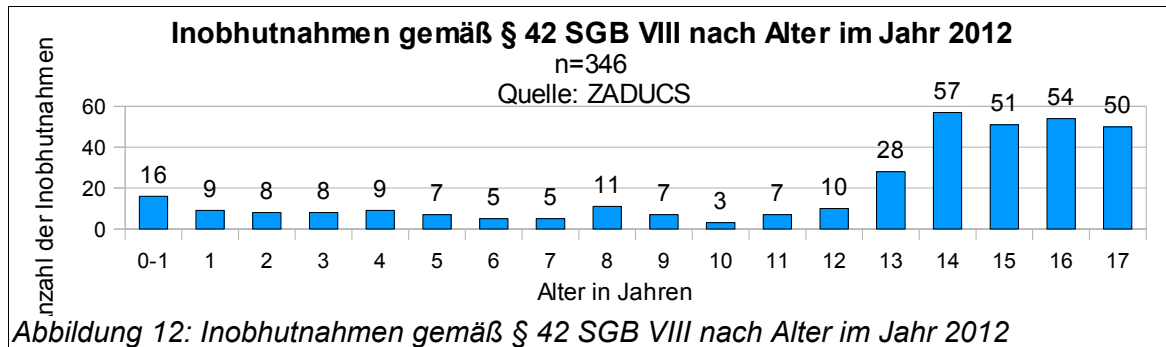
Von der Bezirkssozialarbeit erbrachte Dienstleistungen:



In 1.935 Haushalten (51 %) wurde neben der Abklärung einer Kindeswohlgefährdungsmeldung im Vorfeld oder als Folge in Erziehungsfragen beraten. In jeweils 26 % der Haushalte wurde weiterhin bei Fragen zu Umgang und Sorgerecht beraten sowie zu Gewalt in Beziehungen und bei Familienkonflikten. In 22 % der Haushalte wurden im Rahmen des Kinderschutzes den Familien ambulante Hilfen, wie beispielsweise die Unterstützung durch Kinderkrankenschwestern oder Kontingentplätze in Kindertageseinrichtungen vermittelt. Die BSA wirkte bei 12 % der von einer Gefährdungsmeldung betroffenen Familien in einem familiengerichtlichen Verfahren zum Sorge- und/oder Umgangsrecht mit und bei 3 % im Rahmen des Gewaltschutzgesetzes. In 8 % der Haushalte, in denen mindestens eine Meldung bzgl. einer (vermuteten) Kindeswohlgefährdung eingegangen ist, musste die BSA eine Anrufung des Familiengerichts veranlassen, da das Wohl des Kindes nicht anderweitig abgewendet werden konnte oder die Eltern nicht bereit oder in der Lage waren, an einer Abklärung der Gefährdungssituation mitzuwirken.

1.2.2 Inobhutnahmen in 2012

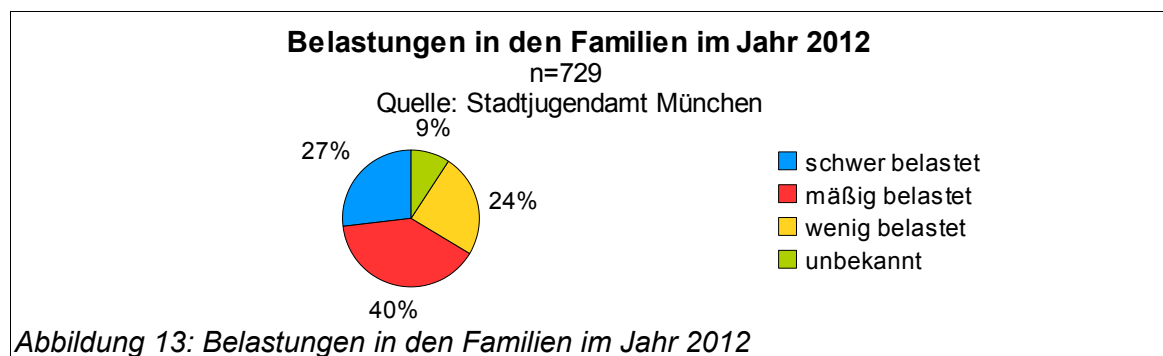
Aufgrund des Schutzauftrages der öffentlichen Jugendhilfe sichert diese das Wohl von Kindern und Jugendlichen durch geeignete Interventionen, wenn die Eltern nicht bereit oder in der Lage sind, ihre Kinder zu schützen. Dieser Schutzauftrag wurde im Rahmen einer Schutzunterbringung von Kindern und Jugendlichen im Jahr 2012 wie folgt umgesetzt:



346 Kinder und Jugendliche in allen Altersstufen wurden im Jahr 2012 gemäß § 42 SGB VIII in Obhut genommen.¹⁸ Zusätzlich wurden 125 Kinder und Jugendliche im Rahmen einer Bereitschaftspflege oder Kurzzeitpflege stationär untergebracht. Anhand dieser Darstellung wird deutlich, dass der Eingriff in Familien nicht das vorherrschende Handlungsmuster des Jugendamtes darstellt. Vielmehr zeigt sich, dass das Jugendamt mit seinem behutsamen Vorgehen eher als Unterstützungsbehörde für Familien zu sehen ist.

1.2.3. Falldaten der Frühen Hilfen

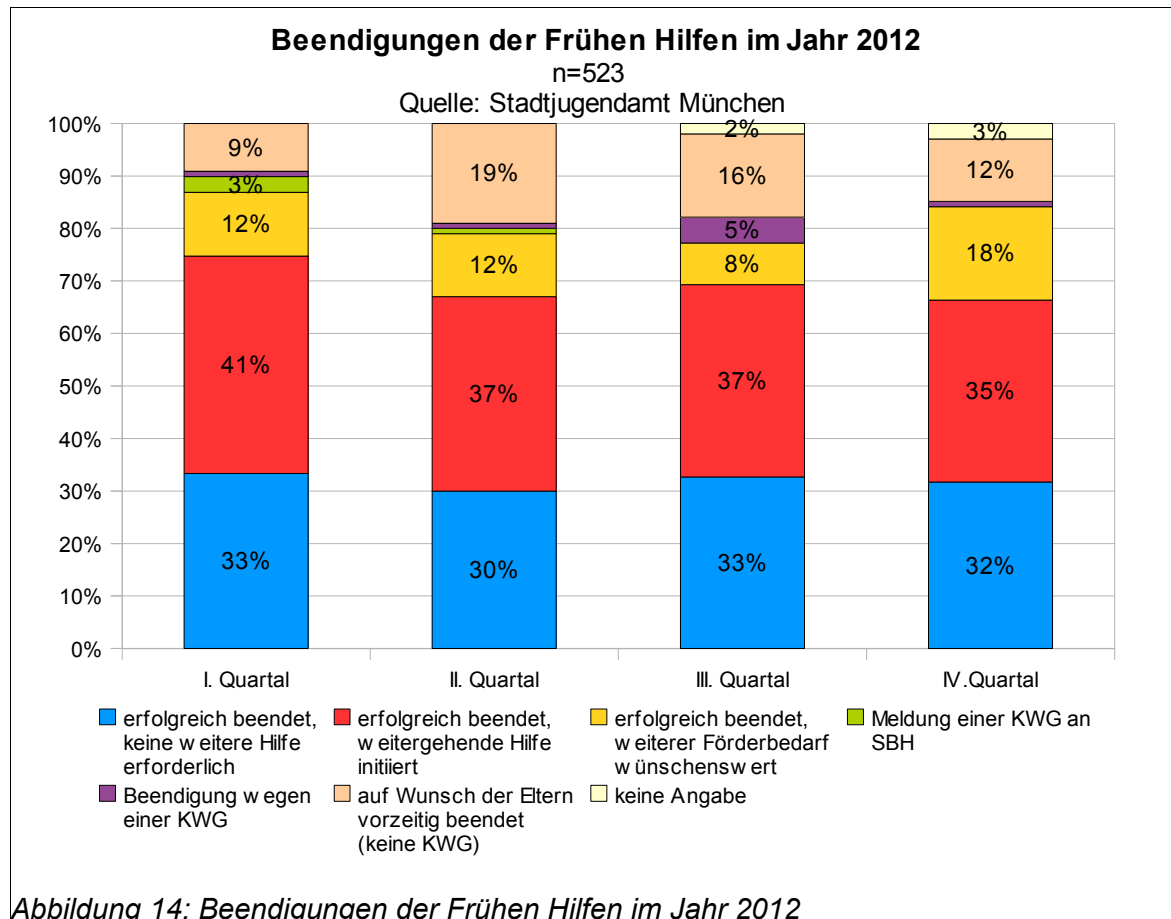
Im Jahr 2012 wurden insgesamt 15.092 Kinder geboren. Dies entspricht einem Geburtenzuwachs um 2,6 % gegenüber 2011. Im Rahmen des „Münchner Modells der Früherkennung und Frühen Hilfen für psychosozial hoch belastete Familien“ konnten 729 Kinder nach der Geburt in belasteten Familiensituationen erreicht werden. Die Belastung in den Familien war sehr unterschiedlich:



In ca. einem Viertel aller betreuten Familien konnte eine schwere Belastung der Erziehungsberechtigten ermittelt werden. Bei 40 % der betreuten Familien wurde eine mäßige Belastung gesehen und bei 24 % waren die betreuten Familien wenig belastet.

¹⁸ Die hier dargestellten Inobhutnahmen beziehen sich nicht auf die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge.

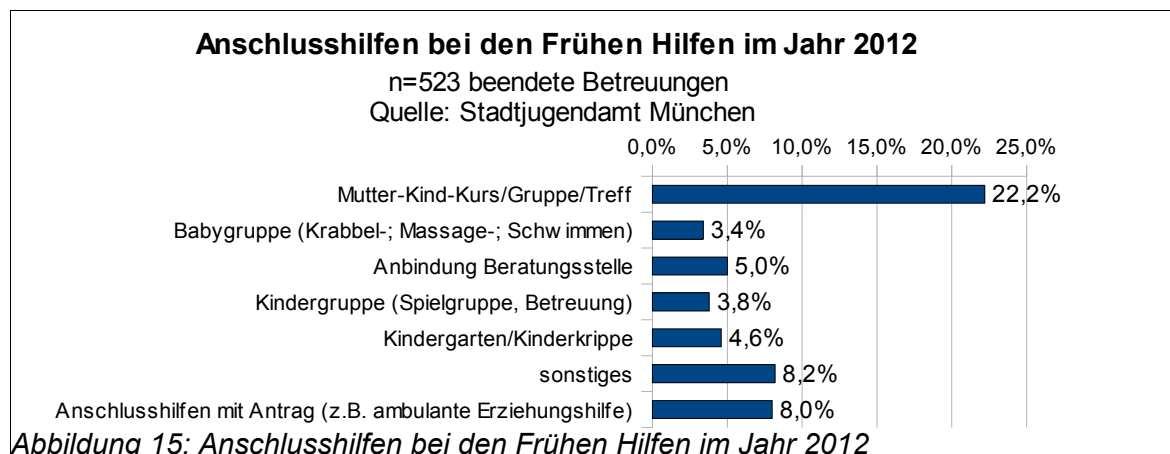
Bei 523 Familien wurde im Rahmen der Frühen Hilfen die Betreuung abgeschlossen:



Bei ca. 80 % der Familien konnten die Frühen Hilfen erfolgreich beendet werden. Im Durchschnitt waren bei ca. einem Drittel der betreuten Familien keine weiteren Hilfen erforderlich. Weitergehende Hilfen wurden ebenfalls bei ca. einem Drittel der betreuten Familien initiiert und installiert. Bei 12 % der Familien, bei denen die Frühen Hilfen im Jahr 2012 beendet wurden, wäre ein weiterer Förderbedarf wünschenswert gewesen, aber aus unterschiedlichen Gründen konnte dieser nicht umgesetzt werden. In 1 % der erreichten Familien wurde eine Meldung einer (drohenden) Kindeswohlgefährdung (KWG) an das Sozialbürgerhaus veranlasst und bei 2 % musste das Unterstützungsangebot der Frühen Hilfen aufgrund einer Kindeswohlgefährdung beendet werden.

Frühe Hilfen können in einer sehr großen Anzahl von Fällen mit gutem Erfolg abgeschlossen werden. Dies deutet auf eine passgenaue und den Bedarf der Familie deckende Unterstützungsform hin.

Es gibt eine Vielzahl möglicher Anschlusshilfen nach der Betreuung durch die Frühen Hilfen:



Anschlusshilfen werden immer im Einzelfall von den Fachkräften der Frühen Hilfen empfohlen, um die individuellen Bedarfe zu berücksichtigen. Größtenteils werden die betreuten Familien im Anschluss an eine Mutter-Kind-Gruppe weitervermittelt. Gründe hierfür könnten in der Erweiterung der sozialen Kontakte sowohl für das Kind als auch für die Eltern liegen. Mit Unterstützung der Frühen Hilfen können bei 4,6 % der Familien die Kinder anschließend eine Kindertageseinrichtung besuchen. 5 % der betreuten Familien wurden an eine Beratungsstelle angebunden. Dies kann unterschiedlich begründet sein. Beispielsweise können Eltern im Allgemeinen von den unterschiedlichen Beratungsstellen im Rahmen von präventiven, familienbildenden bis hin zu intensiven therapeutischen Beratungsprozessen profitieren oder sich in spezifischen persönlichen und/oder partnerschaftlichen Problemlagen Unterstützung suchen. Bei 8 % der betreuten Familien waren Anschlusshilfen erforderlich, welche mittels eines Antrages eingeleitet wurden. Dies können zum Beispiel Hilfen zur Erziehung gemäß SGB VIII sein.

2. Herausforderungen zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes

2.1 Frühe Hilfen für werdende Eltern

Im Jahr 2012 wurden in München insgesamt 15.092 Kinder geboren (51,2 % Jungen und 48,8 % Mädchen). Im Vergleich zum Jahr 2011 ist eine Zunahme von 2,6 % bei der Geburtenzahl zu verzeichnen. Bereits zum sechsten Mal in Folge erhöhte sich die jährliche Geburtenzahl. Durchschnittlich bringt eine Frau in München im Alter von 15-45 Jahren 1,3 Kinder zur Welt. Im Mittel lag das Alter der Mutter bei der Geburt bei 31,8 Jahren.

Statistisch wird davon ausgegangen, dass ca. 20 % der Familien sozial belastet, darunter 5 % psychosozial hochbelastet sind. Wenn diese Quote auf die Geburtenrate umgelegt wird, muss davon ausgegangen werden, dass voraussichtlich 2.264 Kinder in sozial belasteten Verhältnissen und weitere 755 Kinder in psychosozial hochbelasteten Familien aufwachsen.

Die vier Familienbildungsstätten in der Landeshauptstadt bieten unterschiedliche Kursangebote an:

- Angebote im Rahmen der Geburtsvorbereitung
- Informationsabende für werdende Eltern
- Angebote im Rahmen von Gymnastik und Rückenschule
- psychologische Beratung rund um die Geburt
- Angebote im Rahmen der Pflege von Säuglingen
- Beratung bei sogenannten „Schrei-Babys“

Im Jahr 2012 nahmen 5.475 Schwangere bzw. werdende Eltern an den unterschiedlichen Angeboten der Familienbildungsstätten teil.

Grundsätzlich werden bereits viele Schwangere und werdende Eltern durch die vorhandenen Angebote der Landeshauptstadt München erreicht. Aufgrund der nicht aufsuchenden Arbeit der Familienbildungsstätten sind zusätzliche Angebote, vor allem für psychosozial hochbelastete werdende Eltern, die sich in folgenden Lebenslagen befinden, erforderlich:

- suchtgefährdete und suchtabhängige (werdende) Eltern
- Familien mit besonderen Belastungen im Bereich psychischer Auffälligkeiten/Erkrankungen oder elterlicher Partnerschaftsgewalt
- minderjährige beziehungsweise sehr junge Schwangere
- sozial isolierte Familien
- werdende Eltern mit Behinderung
- werdende Eltern mit Migrationshintergrund und psychosozialer Belastung

Das bisherige „Münchner Modell der Früherkennung und Frühen Hilfen für psychosozial hoch belastete Familien“ des Sozialreferates und des Referates für Gesundheit und Umwelt ist nicht auf werdende Eltern ausgerichtet und muss hier ausgebaut werden. Bisher sind Angebote für werdende Eltern durch die Unterstützung von Familienhebammen für die Wohnungslosenhilfe und Gemeinschaftsunterkünfte konzipiert. Diese Familienhebammen werden beim Referat für Gesundheit und Umwelt angestellt. Entsprechende finanzielle Mittel sind aus der Bundesinitiative Frühe Hilfen bereits bewilligt. Für die strukturelle, stadtweite Bereitstellung von Familienhebammen für werdende Eltern wurden weitere Mittel aus der Bundesinitiative Frühe Hilfen beantragt. Es ist vorgesehen, diese Familienhebammen organisatorisch bei den freien Trägern, die bereits die Frühen Hilfen nach dem „Münchner Modell der Früherkennung und Frühen Hilfen für psychosozial hoch belastete Familien“ durchführen, anzubinden.

Bundesinitiative Frühe Hilfen:

Die Ende 2012 installierte Bundesinitiative Frühe Hilfen durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt die Länder und Kommunen in ihrem Engagement für die Frühen Hilfen mit insgesamt 177 Millionen € bis Ende 2015. Es sollen

die bereits bestehenden Aktivitäten zur Etablierung verbindlicher Netzwerke Frühe Hilfen gestärkt und um die Einbindung von Familienhebammen und Ehrenamtsprojekten ergänzt werden. Grundlage ist das Bundeskinderschutzgesetz. In Bayern werden die Fördermittel aus der Bundesinitiative vom Bayerischen Landesjugendamt den Kommunen entsprechend der Anzahl der Lebendgeborenen zugeteilt. Für die Landeshauptstadt München standen für das Haushaltsjahr 2013 Mittel in Höhe von 673.595,97 € zur Verfügung, für die erste Hälfte des Haushaltsjahres 2014 sogar 393.954,97 €. Entsprechend der bayerischen Förderrichtlinien wird der Einsatz von Familienhebammen und vergleichbarer Berufsgruppen aus dem Gesundheitsbereich sowie Ehrenamtsprojekte gefördert. Nach 2015 wird die Arbeit dauerhaft durch einen Fonds unterstützt, für den der Bund jährlich 51 Millionen € bereitstellt.

2.2 Beratungsangebot der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ gemäß §§ 8a/8b SGB VIII

Im Rahmen der gesetzlichen Neuerung durch das Bundeskinderschutzgesetz haben alle Personen, die beruflich mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt stehen, einen Anspruch auf Beratung durch eine „insoweit erfahrene Fachkraft“ beim öffentlichen Jugendhilfeträger. Der öffentliche Jugendhilfeträger muss ein bedarfsgerechtes und rechtzeitiges Beratungsangebot für die Beratung gemäß § 8b SGB VIII zur Verfügung stellen. Das bisherige Konzept zum Beratungsangebot ist auf die Beratung von Fachkräften gemäß § 8a SGB VIII ausgelegt und bedarf einer Modifikation. Gründe hierfür liegen in der gesetzlichen Erweiterung des Personenkreises, der immer noch geringen Inanspruchnahme der Fachberatung durch die „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ sowie des zum Teil vorhandenen regelmäßigen personellen Wechsels der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ in den Erziehungsberatungsstellen.

Nur mittels einer Modifikation des Angebotes wird die langfristige Kontinuität durch einen festen Personenkreis der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ in der Beratung gemäß §§ 8a/8b SGB VIII sichergestellt.

Daher wird angeregt, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der freien Träger und des öffentlichen Trägers der Kinder- und Jugendhilfe und dem Referat für Bildung und Sport, Kita, ein Konzept zur zukünftigen Organisation und zum Aufgabenbereich der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ zu erarbeiten, um den Beratungsanspruch gemäß § 8a und § 8b SGB VIII sicher zu stellen und sowohl Fachkräften gemäß § 8a SGB VIII als auch allen Personen mit beruflichem Kontakt zu Kindern und Jugendlichen sowie Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträger die Inanspruchnahme einer „insoweit erfahrenen Fachkraft“ kundenfreundlich zu ermöglichen.

2.3 Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen gemäß § 72a SGB VIII

Mit dem Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes wurde der § 72a SGB VIII neu gefasst. Einschlägig vorbestrafte Personen werden von der Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe und somit von regelmäßigem Kontakt zu Kindern und Ju-

gendlichen ferngehalten. Wesentliche Neuerungen sind die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses - auch von neben- und ehrenamtlich Tätigen in der Kinder- und Jugendhilfe - sowie die Erfassung aller Träger der freien Jugendhilfe und Vereine. Anhand der „Fachlichen Empfehlungen zur Handhabung des §72a SGB VII (Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen)“ des Landesjugendhilfeausschusses ist das Einholen eines erweiterten Führungszeugnisses bei Ehrenamtlichkeit von der Art, Intensität und Dauer des Kontakts der ehrenamtlich tätigen Person zum Kind bzw. zur/zum Jugendlichen abhängig.¹⁹ Hierzu wurde dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss am 03.06.2014 eine Beschlussvorlage gesondert vorgelegt (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00309).

Aufgrund der neuen gesetzlichen Regelungen hat das Stadtjugendamt die bestehende „Münchner Grundvereinbarung zu § 8a und § 72a SGB VIII der Landeshauptstadt München“ weiter entwickelt. Zukünftig wird das Stadtjugendamt mit den Trägern der freien Jugendhilfe eine **„Münchner Vereinbarung zum Kinderschutz gemäß § 8a Abs. 4 SGB VIII“** schließen.

In der Anlage 3 wird der Aktualisierungsprozess sowie die Inhalte der neuen „Münchner Vereinbarung zum Kinderschutz gemäß § 8a Abs. 4 SGB VIII“ vorgestellt.

2.4 Netzwerke im Kinderschutz

Das Bundeskinderschutzgesetz verpflichtet mit seinen Vorschriften nach § 3 KKG²⁰ und § 81 SGB VIII²¹ zu einem verbindlichen Auf- und Ausbau von Netzwerken der unterschiedlichen Agierenden und Leistungsträger, die im Kinderschutz wichtig sind. Die Netzwerke werden insbesondere als Instrument des Abgleichs und der Abstimmung von Informationen, Vorgehensweisen und der Verfahren im Kinderschutz in den Mittelpunkt gestellt. Das Stadtjugendamt unterhält bereits vielseitige Netzwerkstrukturen mit unterschiedlichen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern. Für die präventive Sicherstellung des Kinderschutzes ist das in jedem Sozialbürgerhaus etablierte „Koki – Netzwerk frühe Kindheit“ hervorzuheben. Dieses interdisziplinäre Netzwerk richtet sich an alle Berufsgruppen, die sich wesentlich mit Säuglingen und Kleinkindern befassen. Durch diese regionale Vernetzung wird bereits die leichtere Erschließung vorhandener familienbezogener Leistungen und Maßnahmen sowie von entlastenden und zugehenden Angeboten für hoch psychosozial belastete Familien gesichert. Die frühzeitige Unterstützung von Familien wird hierdurch angestrebt.

Die bisher bestehenden Netzwerke bilden eine gute Basis für einen Austausch zu kinderschutzrelevanten Themen. Im Bereich der Schulen und Kindertageseinrichtungen wird perspektivisch die Netzwerkstruktur verbessert, indem die unterschiedlichen Akteurssysteme besser aufeinander abgestimmt bzw. stärker eingebunden werden. Grundsätzlich ist

¹⁹ Nähere Informationen sind in den „Fachlichen Empfehlungen zur Handhabung des §72a SGB VII (Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen) – Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 12.03.2013“ zu finden.

²⁰ § 3 Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz im Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz

²¹ § 81 Strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen im Sozialgesetzbuch VIII

einer ausgeprägten Spezialisierung der Netzwerke auf Teilaspekte sozialer Arbeit entgegenzuwirken. Perspektivisch muss das Akteurssystem insbesondere um den Gesundheitsbereich ausgeweitet werden, da bisher Kinderärztinnen, Kinderärzte und Kliniken in der Vernetzung häufig fehlen, sie aber wichtige Akteurinnen und Akteure im Kinderschutz darstellen, um den Familien frühzeitigere Unterstützungsmöglichkeiten anbieten zu können.

Langfristig ist ein überregionales Netzwerk zu etablieren, um übergreifende Institutionen, wie Gerichte oder psychiatrische Einrichtungen einzubinden. Vor allem eine stadtweite systematische Vernetzung mit Einrichtungen und Diensten des Gesundheitswesens sowohl in den einzelnen Sozialregionen als auch auf überregionaler Ebene ist fachlich sinnvoll und notwendig, um einen optimalen Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt München umfassend gewährleisten zu können.

Der Ausbau der Vernetzung im Gesundheitsbereich wird in enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Gesundheitsvorsorge des Referates für Gesundheit und Umwelt (RGU) erfolgen. Die dort tätigen Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes werden bereits jetzt häufig in Bezug auf den Kinderschutz von verschiedenen Stellen aus dem medizinischen und pädagogischen Bereich angefragt. Darüber hinaus verfügt das RGU über bewährte Kooperationen mit den Akteuren des Gesundheitswesens.

2.5 Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe gemäß § 79a SGB VIII

Um eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe zu gewährleisten, ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 79a SGB VIII gesetzlich verpflichtet „Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität sowie geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung für die Gewährung und Erbringung von Leistungen, die Erfüllung anderer Aufgaben, den Prozess der Gefährdungseinschätzung nach § 8a und die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen weiterzuentwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu überprüfen“. Dies erfordert eine kontinuierliche, systematische und prozesshafte Qualitätsentwicklung sowohl innerhalb der öffentlichen Jugendhilfe als auch in der Kooperation mit Einrichtungen und Diensten freier Träger.

2.5.1 Qualitätsentwicklung im Sozialbürgerhaus

Bei der öffentlichen Jugendhilfe wird die Kinderschutzarbeit insbesondere bei der Bezirkssozialarbeit und den Vermittlungsstellen erbracht. Folgende Qualitätssicherungsmaßnahmen - vor allem die Personalentwicklung und die Entwicklung von Verfahren - veranschaulichen eine qualitativ hochwertige Bearbeitung von Kinderschutzfällen:

- Personalentwicklung:
 - Einarbeitungskonzepte für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
 - Fortbildungsveranstaltungen
 - Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräche
- Qualitätsfördernde und -sichernde Verfahren:
 - Dienstanweisungen für eine standardisierte Vorgehensweise und Bearbeitung von Einzelfällen
 - Qualitätssicherungsverfahren in Gefährdungsfällen
 - Einzelfallanfragen und -beratungen durch Fachsteuerung und Rechtsabteilung des Stadtjugendamtes
 - Sozialpädagogische Diagnose und Hilfeplanverfahren definieren Prozessschritte und Prozessqualität
 - Standardisierte Fehleranalysen durch systematische Aktenauswertungen (Verfahrensoptimierung im Kinderschutz)
 - Fallberatung im Team
 - Fallanalysen in öffentlichkeitswirksamen Fällen oder beanstandbaren Beschwerdefällen im Qualitätszirkel

2.5.2 Qualitätsentwicklungsprozesse mit Einrichtungen und Diensten

- Anwendung der bisher gültigen Münchner Grundvereinbarung zu § 8a und § 72a SGB VIII
- Verfahren zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen,
- empirische Untersuchung zu Missbrauchserfahrungen in Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe durch das Institut für Praxisforschung und Projektplanung²²

Qualitätsentwicklung geschieht als Prozess. Es bedarf hierzu aber auch der Ziele, Kennzahlen, Zielüberprüfung und Berichterstellung. In den Mittelpunkt der Qualitätsentwicklung stellt das Stadtjugendamt die Wirkung der vorhandenen Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe, aus denen Handlungsbedarfe abgeleitet werden. Qualitätsentwicklung braucht statistisches Zahlenmaterial sowie auch einen wissenschaftlich hinterlegten Vorgang der Interpretation.

Insoweit ist das Bundeskinderschutzgesetz Impulsgeber für einen höheren Stellenwert wissenschaftlicher Evaluation, eines wissenschaftlich gestützten Controllings und von Auswertungsmethoden, um die Prozesse zu qualifizieren.

²² Siehe Stadtratsbeschluss „Befragung von Heimkindern nach möglichen Missbrauch“ vom 18.09.2012, Sitzungsvorlage Nr 08-14 / V 09319

2.5.3 Strategische Ausrichtung der Qualitätsentwicklung auf die Kinderrechte

Partizipation, Beschwerdemanagement und Ombudschaft sind wichtige Aspekte einer auf Kinderrechte zielenden Qualitätsentwicklung gemäß §§ 79 und 79a SGB VIII. Partizipation – Beschwerdemanagement – Ombudschaft wird als Strategie entwickelt und als öffentliche Aufgabe definiert.

Zentrale Bausteine dieser Strategie:

- Unter Federführung der Kinderbeauftragten der Landeshauptstadt München wurden im Rahmen einer Projektarbeit in einem ersten Schritt alters- und zielgruppen-gerechte, ansprechende Informationsmaterialien und methodische Hilfsmittel entwickelt. Außerdem werden derzeit Grundlagen geschaffen, um künftig im Arbeitsfeld der Erziehungshilfen die Partizipation und das Beschwerdemanagement verstärkt durch Schulungen, Einarbeitungs-, Aus- und Fortbildungsmodule anzubieten. Auf diese Weise soll die Kinder- und Jugendbeteiligung stetig professionalisiert und weiterentwickelt werden.

Die Kinderbeauftragte der Landeshauptstadt München berichtet voraussichtlich im Juli diesen Jahres in einem eigenen Beschluss dem Stadtrat über die Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen.

- Vorstudie zu sexualisierter Gewalt in stationären und teilstationären Einrichtungen und in Pflegefamilien. Diese Vorstudie erfolgt in Form einer exemplarischen Befragung zur Entwicklung einer Hauptstudie und dient als Grundlage für die Qualitätsentwicklung „Schutz in Einrichtungen“. Dabei werden anhand exemplarischer Befragungen Kinder aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zu erlebter sexualisierter Gewalt befragt, um Erkenntnisse über den notwendigen Handlungsbedarf und zum Schutz der Betreuten gewinnen zu können.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Beschlussvorlage ist mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt und dem Referat für Bildung und Sport abgestimmt.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, der Verwaltungsbeirätin bzw. dem Verwaltungsbeirat des Stadtjugendamtes, der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle, dem Referat für Gesundheit und Umwelt, dem Referat für Bildung und Sport und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

1. Der Stadtrat nimmt die Auswertung der Bundesstatistik gemäß §§ 98 – 103 SGB VIII sowie die statistische Erfassung der Leistungen der Bezirkssozialarbeit zum Kinderschutz für das Jahr 2012 zur Kenntnis.
2. Das Sozialreferat/Stadtjugendamt wird beauftragt, unter Abrufung der von der Bundesinitiative Frühe Hilfen bereit gestellten finanziellen Mittel Familienhebammen zur Unterstützung psychosozial hoch belasteter Schwangerer und werdender Eltern entsprechend dem Münchner Modell der Frühen Hilfen einzusetzen.
3. Das Sozialreferat/Stadtjugendamt wird beauftragt unter Beteiligung des Referates für Bildung und Sport, KITA, ein Konzept zur zukünftigen Verortung der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ basierend auf dem Beratungsanspruch gemäß §§ 8a/8b SGB VIII zu entwickeln. Die strukturelle und konzeptionelle Verankerung der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ im Referat für Bildung und Sport, KITA, wird im Hinblick auf den kontinuierlichen Ausbau von Kindertageseinrichtung dabei gesondert berücksichtigt.
Im Hinblick auf den Beratungsanspruch der Fachkräfte im Gesundheitswesen erfolgt die konzeptionelle Ausgestaltung in Kooperation mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt.
4. Die Münchner Vereinbarung zum Kinderschutz gemäß § 8a Abs. 4 SGB VIII ist hiermit aktualisiert bekannt gegeben. Das Sozialreferat wird beauftragt, die notwendigen Vereinbarungen mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in München auf der Basis dieser Münchner Vereinbarung zum Kinderschutz gemäß § 8a Abs. 4 SGB VIII abzuschließen.
5. Das Sozialreferat/Stadtjugendamt wird beauftragt, verbindliche Standards für zukünftige Netzwerkstrukturen mit allen wichtigen Akteurinnen und Akteuren im Kinderschutz zu erarbeiten. Die Vernetzung mit Diensten und Einrichtungen des Gesundheitswesens erfolgt in Kooperation mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt.
6. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München
Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl
Bürgermeisterin

Brigitte Meier
Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenographischen Sitzungsdienst
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat, S-III-M**
An die Frauengleichstellungsstelle
An das Referat für Gesundheit und Umwelt
An das Referat für Bildung und Sport
z.K.

Am

I.A.